

Malta

Heinz-Jürgen Axt

Mit dem zum 1. Mai 2004 vollzogenen Beitritt zur EU hat sich in Malta der proeuropäische Kurs unter Führung der christdemokratischen Partei Nazzjonalista (PN) gegen die Opposition der sozialistischen Labour Party (MLP) durchsetzen können. Die Volksabstimmung von 2003 erbrachte ein eindeutiges Ergebnis: 53,7% der Befragten sprachen sich für die EU-Mitgliedschaft aus, 46,4% waren dagegen. Bei den nachfolgenden Parlamentswahlen wurde der Kurs bestätigt: Die PN erhielt 51,8% der Stimmen, die MLP nur 47,5%. Aus der zweimaligen Niederlage zog die MLP die Konsequenzen. Sie erklärte im Sommer 2003 auf ihrer Delegiertenkonferenz, dass sie zwar noch immer gegen den EU-Beitritt sei, dass sie aber den Volksentscheid respektiere. 2005 sicherten die Stimmen der MLP eine einstimmige Ratifizierung des europäischen Verfassungsvertrags im maltesischen Parlament. Die Wahlen zum Europäischen Parlament vom 12. Juni 2004 erbrachten dagegen überraschende Ergebnisse: Zunächst einmal lag die Wahlbeteiligung für maltesische Verhältnisse mit 82,4% niedrig. Malta kennt weder eine Wahlpflicht noch eine Sperrklausel bei Europawahlen. Gemessen am EU-weiten Durchschnitt von 45,6% lag die Wahlbeteiligung auf der Mittelmeerinsel aber vergleichsweise hoch. Aus den Wahlen ging aber nicht die ND, sondern die Oppositionspartei als Sieger hervor. Die MLP vereinigte 48% der Wähler auf sich, während die ND sich mit 40% bescheiden musste.¹ Ob die Wähler mit dem Wahlergebnis die Versöhnung der MLP mit der EU-Mitgliedschaft honorieren wollten, ist letztlich schwer zu beweisen. Wahlen zum Europaparlament erbringen insbesondere dann, wenn sie in der Mitte von Legislaturperioden liegen, in der Regel bessere Ergebnisse für die jeweiligen Oppositionsparteien.² Das komplizierte Wahlsystem Maltas,³ erbrachte allerdings für eine dritte Partei, die grüne und europafreundliche Alternativa Demokratika (AD), ein gutes Ergebnis. Sie erlangte immerhin 12% der Wählerstimmen, konnte aber wegen des Wahlsystems keinen Abgeordneten in das Europäische Parlament delegieren.

Hatte Malta in der Vergangenheit stets wegen der polarisierten politischen Verhältnisse Aufmerksamkeit erregt, so ist dabei die wirtschaftliche Entwicklung der Insel darüber kaum berücksichtigt worden. Dabei hatte in diesem Bereich die MLP wahre Horrorszenerarien entwickelt, um ihre Ablehnung der EU-Mitgliedschaft zu rechtfertigen. So wie der Beitritt zur EU die Außenpolitik der nationalen Unabhängigkeit gefährde, setze sie auch Maltas wirtschaftliche Entwicklungschancen aus Spiel. Malta drohe erneut der Status einer Kolonie – diesmal nicht von Italien, sondern von Brüssel.⁴ Maltas Außenwirtschaftsbeziehungen, so die Kritik, würden in ihren regionalen Entfaltungsmöglichkeiten eingeschränkt.

1 Vgl. Parties and Elections in Europe: <http://www.parties-and-elections.de/eu2.html>.

2 Vgl. Reif, Karlheinz: European Elections as Member State Second-Order Elections Revisited, in: European Journal of Political Research, (1997) 31, S. 115-124.

3 Vgl. Axt, Heinz-Jürgen: Wahlen zum Europäischen Parlament: trotz Europäisierungstendenzen noch immer nationale Sekundärwahlen, in: Derichs, Claudia/Heberer, Thomas (Hrsg.), Wahlen und Regierbarkeit im globalen Rahmen, Wiesbaden 2006 (i.E.).

4 Vgl. Sant, Alfred: Malta's European Challenge, Malta 1995.

Auch könne Maltas Kleinindustrie dem Wettbewerb aus der EU gegenüber nicht standhalten. Der generelle Preisanstieg und die Erhöhung der Arbeitslosenquote seien die Folge. Arbeitsplätze würden in zunehmendem Maße von Osteuropäern besetzt.⁵ Malta hat in der Tat mit erheblichen wirtschaftlichen Strukturproblemen zu kämpfen. Der bedeutende Schiffsreparatur- und -neubausektor z.B. stellt nach dem öffentlichen Dienst den größten Arbeitgeber dar. Bis zu 4.000 Menschen sind hier beschäftigt. Gleichzeitig befindet sich dieser Sektor aber in einer ernsten Krise, weil die Wettbewerbsfähigkeit nicht mehr gegeben ist. In dieser Situation greift der maltesische Staat mit erheblichen Subventionen ein. Diese machen allein ca. 35% der gesamten Staatsverschuldung aus. Klientelistische und gerade von den Sozialisten in der Vergangenheit gesponnene Netze sorgen darüber hinaus dafür, dass der öffentliche Sektor übergroß ist. Wie stellt sich vor diesem Hintergrund die wirtschaftliche Situation Maltas gut ein Jahr nach erfolgtem EU-Beitritt dar?

In den Jahren 1994 bis 2000 hatte die maltesische Wirtschaft beachtliche Wachstumsraten mit durchschnittlich 5% pro Jahr vorzuweisen. Diese verlangsamten sich, nachdem intensive Restrukturierungen der Industrie erfolgten und die internationale Wettbewerbsfähigkeit nachließ. Malta ist also zu einem Zeitpunkt der EU beigetreten, der von den makroökonomischen Daten her wenig befriedigend war. Die Arbeitsproduktivität befand sich ebenso unter EU-Durchschnitt wie das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) pro Kopf der Bevölkerung. 2004 erreichte Malta beim letztgenannten Indikator einen Wert von 69% des EU-Durchschnitts. Im Jahr des EU-Beitritts erreichte die Beschäftigtenrate lediglich 54% und die Arbeitslosenquote lag bei 7,6%.⁶ Diese Faktoren gilt es zu berücksichtigen, wenn erste Effekte nach erfolgtem EU-Beitritt thematisiert werden sollen. Wie alle übrigen Staaten hat Malta der EU sein Nationales Aktions-Programm im Rahmen der Lissabon-Strategie vorgelegt. Zieht man die Ausgabe vom Oktober 2005 zu Rate, dann stellen sich die Lage der maltesischen Wirtschaft und die Schritte zu ihrer Revitalisierung wie folgt dar⁷: Verglichen mit der zweiten Hälfte der 90er Jahre verzeichnete Malta 2004 ein vergleichsweise bescheidenes Wachstum mit 2,4%. Die Leistungsbilanz verschlechterte sich im zweiten Viertel 2005 ebenfalls. Die Exporte gingen um 5,8% und die Importe um 4,7% zurück. Eine Handelsausweitung in Folge des EU-Beitritts war also (noch) nicht zu verzeichnen. Gemessen an den Konvergenzkriterien des Währungsunion stellt sich die Situation Maltas bescheiden dar: Das Haushaltsdefizit erreichte 2004 einen Wert von 5,1% und die öffentliche Verschuldung von 75,9%, jeweils gemessen am BIP. Um dieser Entwicklung entgegenzutreten setzt das Aktionsprogramm vor allem auf eine Rückführung des starken staatlichen Einflusses auf die Wirtschaft. Die Beschäftigtenrate soll bis 2010 auf 57% erhöht werden.

Weiterführende Literatur

Bestler, Anita: Malta: Gesellschaftliche Polarisierung über die Frage der EU-Mitgliedschaft, in: Hrbek, Rudolf (Hrsg.): Die zehn neuen EU-Mitgliedsländer. Spezifika und Profile, Baden-Baden 2006, S. 45-59.

5 Vgl. zur Argumentation Bestler, Anita: Malta: Gesellschaftliche Polarisierung über die Frage der EU-Mitgliedschaft, in: Hrbek, Rudolf (Hrsg.): Die zehn neuen EU-Mitgliedsländer. Spezifika und Profile, Baden-Baden 2006, S. 45-59.

6 Vgl. European Commission, The Commission's Assessments of National Reform Programmes for Growth and Jobs: http://ec.europa.eu/growthandjobs/pdf/2006_annual_report_malta_en.pdf.

7 Vgl. Minister for Competitiveness and Communications, National Reform Programme 2005-2008. Malta's strategy for growth and jobs, Valletta, October 2005: http://www.mcmp.gov.mt/pdfs/National_Reform_Programme_Malta.pdf.